

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Mittwoch, 18. Juli 2018 · Nr. 164 · 239. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 4.70 · €4.70

Chancen für eine Praxisgebühr steigen

Patienten sollen in Arztpraxen und Spitälern bis zu 40 Franken zahlen

ERICH ASCHWANDEN

Unmittelbar vor den Sommerferien hat die Gesundheitskommission des Nationalrats (SGK) einen Entscheid gefällt, der für heisse Köpfe sorgt. Künftig soll jeder Patient, der mit einer neuen Erkrankung ambulant eine Arztpraxis oder ein Spital aufsucht, eine Gebühr zahlen. Die SGK hat eine parlamentarische Initiative mit dieser Forderung mit 12 zu 9 Stimmen angenommen.

Teurere Spitalambulatorien

Nationalrat Thomas Burgherr (svp, Aargau) will mit dem Vorstoss die Eigenverantwortung stärken und spricht von einem «symbolischen Selbstkostenanteil». «Zu viele Bagatellfälle landen heute beim Arzt, bei Spezialisten oder oft sogar im Spitalnotfall», hält er fest. Der Betrag pro Behandlungsfall soll bei frei praktizierenden Ärzten auf 15 bis 20 Franken festgelegt werden. In Spitalambulatorien sollen die Patienten doppelt so viel bezahlen. Mit dieser Differenzierung will die Politik dafür sorgen, dass die Hausärzte zur ersten Anlaufstelle werden. Der Trend, dass immer mehr Patienten mit Bagatellen in die Spital-Notaufnahme gehen, soll gebrochen werden. Kinder, Schwangere, ärztlich überwiesene Patienten sowie Chronischkranke sollen von der neuen Abgabe befreit sein.

Beschlossen ist diese Praxisgebühr noch nicht, muss ihr doch auch noch die SGK des Ständerats zustimmen. Anschliessend wird eine Gesetzesänderung ausgearbeitet. Das nun in der Schweiz geprüfte Modell erinnert an die 2004 in Deutschland eingeführte Praxisgebühr. Gesetzlich Versicherte mussten bei Arzt- und Zahnarztbesuchen sowie für den ärztlichen Notfalldienst und die Notfall-

Praxisgebühr

Kommentar: Die Einführung einer Notfallgebühr wäre besser. Seite 11

Reaktionen: Die Krankenkassen begrüssen den Entscheid. Seite 13

aufnahme im Spital 10 Euro pro Quartal zahlen. Das Ziel, die Zahl der Arztbesuche zu verringern, wurde nicht erreicht. Die Praxisgebühr wurde auf den 1. Januar 2013 wieder abgeschafft.

Spitalverband gegen Vorschlag

Conrad Engler, Mitglied der Geschäftsleitung des Spitalverbandes H+, bezeichnet die Praxisgebühr als «Ladenhüter», der immer dann hervorgeholt werde, wenn die Politiker ihren Sparwillen demonstrieren wollten. 2009 schlug der damalige Gesundheitsminister Pascal Couchepin eine Praxisgebühr in der Höhe von 30 Franken vor. Das Parlament stoppte die Pläne. Der Spitalverband lehnt auch den neuen Vorschlag rundweg ab. Auf jeden Fall will sich H+ gegen eine Ungleichbehandlung von Ärzten und Spitälern zur Wehr setzen. Auch die Ärzteverbände FMH spricht sich vehement gegen die erhöhte Selbstkostenbeteiligung aus.



Nelson Mandela (1918–2013), fotografiert um 1960. ELI WEINBERG / RUE DES ARCHIVES / KEYSTONE

Die «Regenbogennation» liegt in weiter Ferne

Vor hundert Jahren wurde Nelson Mandela geboren

urf. · Die Welt gedenkt eines Mannes, der auch fünf Jahre nach seinem Tod weit über sein Heimatland hinaus verehrt wird und als globale politische Ikone gilt. Nelson Mandela, der in Südafrika im Zentrum des Kampfes gegen die Rassentrennung stand und 1994 zum ersten schwarzen Präsidenten des Landes gewählt wurde, steht für viele bis heute für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit. Mandela wäre am 18. Juli hundert Jahre alt geworden. In Südafrika, aber auch in vielen anderen Ländern, finden diese Woche unzählige Gedenkveranstaltungen statt. Oft steht dabei die Frage im Raum, was geblieben ist von den Ideen und Visionen des Mannes, der 27 Jahre seines Lebens im Gefängnis verbrachte.

Wenig Grund zum Feiern

Mit Blick auf das Land am südlichen Kap fällt die Bilanz äusserst ernüchternd aus. Mandelas Traum von einem geeinten und prosperierenden Südafrika hat sich bisher nicht erfüllt – im Gegenteil: Seit Jahren befindet sich die südafrikanische Wirtschaft im Krebsgang, die Arbeitslosigkeit nimmt zu, die soziale Ungleichheit ist in kaum einem Land grösser. Insbesondere unter der Führung des im Februar zurückgetretenen

Präsidenten Jacob Zuma verschlechterte sich die Situation rapide. Die Miswirtschaft nahm zu, der Staatsapparat war zuletzt von korrupten Seilschaften unterwandert.

Wichtiger Versöhner

Vor diesem Hintergrund wird in Südafrika inzwischen auch Mandelas politische Erbe etwas kritischer diskutiert. Unbestritten ist, dass er nach seiner Freilassung und als Präsident als besonnener Vermittler viel zur Versöhnung einer durch Rassenhass getrennten Gesellschaft beitrug. Er half mit, die immensen Spannungen im Land zu überwinden und dieses in eine friedliche Ära zu führen. Bemängelt wird derweil, dass unter Mandela wirtschaftliche Probleme zur Seite geschoben und nötige Reformen nicht entschieden genug angegangen wurden.

Gleichwohl ist Mandelas Popularität in Südafrika nahezu ungebrochen. «Seine Opfer bewegten das Leben von Millionen von Menschen, und er wird auch künftige Generationen inspirieren», sagte Cyril Ramaphosa, Südafrikas neuer Präsident und eigentlicher Ziehsohn Mandelas, am Dienstag an einer Gedenkveranstaltung in Johannesburg.

International, Seite 7

Die Schweiz gerät ins Hintertreffen

Japan und die EU setzen ein Signal für Freihandel

Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan versetzt die Schweiz vor allem im Handel mit agrarischen Gütern und beim öffentlichen Beschaffungswesen in Nachteil.

WERNER ENZ

Japan und die Europäische Union (EU) haben am Dienstag in Tokio mit der Unterzeichnung eines wirtschaftlichen Partnerschaftsabkommens ein willkommenes Signal für Freihandel gesetzt. Ministerpräsident Shinzo Abe wird die Initiative innenpolitisch einiges an Rückenwind verleihen, denn innerhalb von acht Jahren wird die EU den zurzeit 10 Prozent betragenden Einfuhrzoll auf Autos abschaffen. Umgekehrt erhofft sich die EU nach der weitgehenden Öffnung des japanischen Agrarmarktes neue Absatzchancen für Molkereiprodukte und andere Landwirtschaftsgüter, wobei jedoch ein Bogen um den in Japan fast heiligen Reis geschlagen wird.

Roquefort schlägt Emmentaler

Die Schweiz schloss vergleichsweise früh, nämlich im Jahr 2009, ein Freihandelsabkommen mit Japan. Lange war man des Lobes voll über die exquisiten Beziehungen, aber das soeben zwischen der EU und Japan vereinbarte Freihandelsabkommen schafft eine neue Ausgangslage. Der Botschafter Markus Schlagenhof vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) sagt, es sei damals gelungen, mit ganz wenigen für die Schweizer Wirtschaft unbedeutenden Ausnahmen alle Industriezölle abzuschaffen. Das Abkommen umfasse auch eine Entwicklungs- und Verhandlungsklausel, aber es habe in den vergangenen Jahren bei weiteren Liberalisierungsbemühungen geharzt. Es brauche eben zwei Partner, um einen Tango zu tanzen.

Die Handelskammer Schweiz - Japan hält zur neuen Konstellation fest, schon ab dem nächsten Jahr würden Schweizer Unternehmen bei gewissen Konsumgütern (wie Sportschuhen), vor allem aber bei einer Reihe wichtiger agrarischer Güter einen schlechteren Marktzugang haben als die europäische Konkurrenz. Die Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter, die die parlamentarische Gruppe Schweiz - Japan führt, pocht auf einen mindestens gleichwertigen Marktzugang. Diese Forderung wurde bereits in der Vergangenheit mehrmals erhoben, doch rührte sich Tokio kaum von Fleck.

Die im Exportgeschäft gut positionierte Firma Emmi erklärte auf Anfrage, der Schweizer Käseexport gerate hinsichtlich Marktzugang gegenüber der EU generell immer stärker ins Hintertreffen. Und nun würden die Schweizer Exporteure durch das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan «wesentlich benachteiligt». Da Japan als grösster Käseimporteur der Welt bisher auch bis zu 600 Tonnen Käse aus der Schweiz einfuhrte, befürchtet Emmi Marktanteilsverluste. Bisher hat die Schweizer Käse-

wirtschaft bei ausgewählten Käsetypen innerhalb einer bestimmten Quote von einem um 50 Prozent reduzierten Zollsatz profitiert. Jetzt wird Japan den EU-Ländern den zollfreien Marktzugang für Naturkäse gewähren. Der den bilateralen Handel mit Japan seit Jahren beobachtende Experte Patrick Ziltener legte unlängst in einer Studie dar, dass die EU für weitere Produktgruppen wie Schweine- und Rindfleisch, Bäckereiwaren, Joghurt oder auch Schokolade einen erleichterten Marktzugang erhalten werde.

Grosses Handelsbilanzplus

Die Japaner haben sodann im öffentlichen Beschaffungswesen Konzessionen an die EU gemacht, was wiederum Diskriminierungen zulasten der Schweiz befürchten lässt. Firmen aus dem EU-Raum werden voraussichtlich in rund vier Dutzend mittelgrossen japanischen Städten (bis 300 000 Einwohner) bei Grossaufträgen mitbieten können. Sodann dürften für lokale Eisenbahnen, aber nicht für die lukrativen Shinkansen-Strecken europäische Anbieter bei der Modernisierung des Rollmaterials teilweise beigezogen werden.

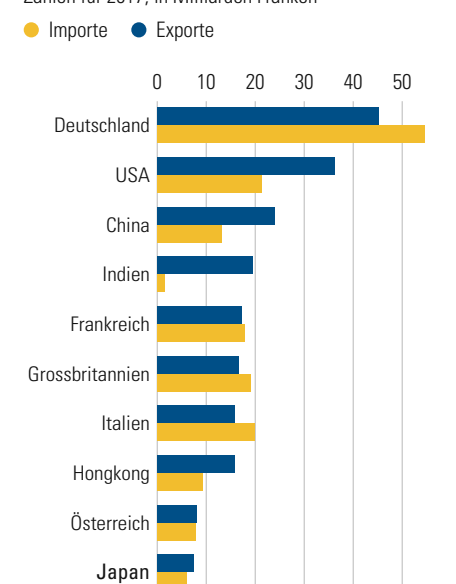
Auch wenn ein Handelsbilanzüberschuss oder ein Fehlbetrag per se nichts über die Qualität von Wirtschaftsbeziehungen aussagt, sticht der konstant hohe Aktivposten zugunsten der Schweiz ins Auge. Im vergangenen Jahr exportierte die Schweiz Güter für 7,5 Milliarden Franken nach Japan, während umgekehrt Waren für 6,0 Milliarden Franken importiert wurden.

Im Zeitraum 2009 bis 2016 schwankte der Exportüberschuss in der Bandbreite zwischen 2,4 Milliarden und 3,6 Milliarden Franken. Immerhin lässt sich seit dem Inkrafttreten des Freihandelsabkommens eine Belebung des Handelsaustausches feststellen. Für die Schweiz war Japan jüngst der siebentgrösste Absatzmarkt, während es die Schweiz bei weitem nicht in die Top Ten schaffte.

Wirtschaft, Seite 21

Japan gehört zu den Top Ten der Schweizer Handelspartner

Zahlen für 2017, in Milliarden Franken



QUELLE: EZV NZZ-Infografik/lea

